

EISZEIT ZWISCHEN WASHINGTON UND MOSKAU

Russland setzt das Abkommen mit den USA zur Kooperation in der Atom- und Energieforschung aus. Am Mittwoch wurde die Anordnung vom russischen Ministerpräsidenten Dmitri Medwedew unterzeichnet. Erklärt wird die Entscheidung unter anderem mit den von den USA verhängten Sanktionen bei der Kooperation mit Russland im Bereich der Atomenergie. „Die regelmäßige Verlängerung der Sanktionen gegen Russland durch die USA, darunter auch die zeitweilige Einstellung der bilateralen Kooperation im Bereich der Atomenergie, macht Gegenschritte erforderlich,“ so das Kabinett. Trotz der Auflösung der Vereinbarung hieß es in Moskau, die Kooperationen können bei Verbesserung der Beziehungen wieder aufgenommen werden. Das 2013 unterzeichnete Abkommen beinhaltete Bestimmungen zum Umgang mit radioaktiven Abfällen, zur Nutzung nuklearer Technologien in Medizin und Wirtschaft, zum Projektieren von Atomkraftwerken und innovativem Kernbrennstoff sowie zur nuklearen Sicherheit.

Angesichts der gescheiterten Waffenruhe in Syrien stellte Washington alle Gespräche zum Konflikt im Nahen Osten mit Russland ein. Darauf hatte der Kreml bereits am Montag das Abkommen über die Entsorgung waffenfähigen Plutoniums mit den USA ausgesetzt, das im Jahr 2000 von Washington und Moskau unterzeichnet wurde. Damals verpflichteten sich beide Seiten jeweils 34 Tonnen hochradioaktives Plutonium zu entsorgen oder zu entschärfen. Sowohl Russland als auch die USA haben die vereinbarten Mengen noch nicht erreicht.

KOMMENTAR

»Schuld sind die Russen?«

Von Heino Wiese

Schon vor über einem Jahr habe ich in meinem Kommentar gemutmaßt, dass der Tag kommen würde, an dem der Westen Russland die Schuld für die Syrienkrise in die Schuhe schieben würde. Jetzt ist es soweit. Nach der medialen Vorbereitung durch die Benennung von böseren als bösen Waffen, den Fassbomben, wurde deren Nutzung erst Assad, dann mittelbar den Russen unterstellt. Der Nachweis für den Einsatz wurde ausschließlich unter Bezug auf die Meldungen von sogenannten gemäßigten Rebellen geliefert. Das Bombardement eines Hilfstransports, wobei sich dazu keiner der Beteiligten bekannt hat, wurde dann zum Anlass genommen, diesen auch mittelbar den Russen anzulasten. Der Westen oder genauer gesagt die Amerikaner bestehen darauf, dass es unterstützenswerte Rebellen in Syrien gibt. Das stimmt ja wahrscheinlich sogar, nur, dass diese allein weder in der Lage wären, dem Assad-Regime zu widerstehen und schon gar nicht den Islamisten, ob diese nun Al Nusra oder IS heißen. Peter Scholl-Latour hat es immer wieder gesagt: es gibt nicht die Alternative eines westlich-orientierten demokratischen Staates im Nahen Osten und Nordafrika. Wir haben die Alternative zwischen einem totalitären Potentaten oder einem extremen Islamismus. Schon seit Chomeini 1978 hätten wir das wissen können. Nach den Erfahrungen in Ägypten, Libyen und Irak muss das jeder erkannt haben. Und die syrischen Flüchtlinge den Russen anzulasten ist ebenso falsch. Erstens war ein großer Teil von Ihnen schon vor dem Eingreifen der Russen auf der Flucht, zweitens sieht man jetzt, dass auch aus den von den Amerikaner (mit nicht so bösen Bomben) malträtierten irakischen Gebieten Millionen von Irakern fliehen. Die meisten Flüchtlinge sind weder vor Saddam Hussein noch vor Assad und nicht mal vor dem IS geflohen, sondern vor Krieg und unbeschreiblichem Elend. Deshalb ist der von Steinmeier vorgeschlagene Weg, gemeinsam mit Russland und den USA eine Befriedung des Gebietes zu erreichen, der einzig erfolgversprechende, um weitere Flüchtlinge zu vermeiden, auch wenn das der Waffenindustrie in Ost und West nicht gefällt.

BUNTES AUS BERLIN

BERLIN LEUCHTET

Noch bis zum 16. Oktober ist Berlin in bunten Farben illuminiert. Mehr als 100 Bauwerke werden in der ganzen Stadt in einen Schleier aus Licht getaucht. Ab 7. Oktober beginnt die Hochphase mit dem „Festival of Lights“. Angefangen vom Alexanderplatz erstreckt sich das Schauspiel vornehm-

lich in den Bezirken Mitte-Tiergarten, Friedrichshain-Kreuzberg, Charlottenburg-Wilmersdorf und Steglitz-Zehlendorf. Auch Bus- und Schiffsbetriebe bieten Touren entlang der Lichterlandschaft an.

Ist man in Berlin, sollte man dieses Spektakel auf keinen Fall verpassen.

IMPRESSUM

Herausgeber: WIESE CONSULT GmbH
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de ·
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-IdNr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement:
Jan Hedrich, Evgenia Laznik
Telefon 030.810588811
Auflage: 3.000 gedruckte Exemplare
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. – Versand- u. Büro-
service Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin
Satz, Layout: Alice Greschikow, Wiese Consult
erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv <http://wiese-consult.com/hauptstadt-insider/informationen/>



INSIDER

RECHTE GEWALT IN DEUTSCHLAND



Von Monika Lazar MdB (Bündnis 90/Die Grünen), Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus

Die Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Grünen Bundestagsfraktion „Rechte Gefahr“ in Deutschland (Bundestags-Drucksache 18/9737) zeigt: Die Bedrohung, die von Neonazis in unserem Land ausgeht, ist enorm. Bereits jetzt wurden schon mehr Straftaten und doppelt so viele rechte Gewaltdelikte im Bereich ‚Ausländer/Asylthematik‘ sowie mehr Straftaten und mehr rechte Gewaltdelikte ‚gegen Asylunterkünfte‘ als im gesamten Jahr 2015 gezählt.

Auch nach der von der Innenministerkonferenz im Juni 2016 beschlossenen Reform zur besseren Erfassung von Delikten der politisch motivierten Kriminalität bleibt es allerdings bei unübersichtlichen – ja geradezu chaotischen Erfassungskriterien: Es werden inhaltlich

nahezu deckungsgleiche Datensätze geführt, aber mit einem deutlich unterschiedlichen Datenaufkommen. Das Lagebild des BKA fußt nur auf einem der Datensätze (‚Straftaten gegen Asylunterkünfte‘), sodass beispielsweise die rassistischen Ausschreitungen in Heidenau darin nicht erfasst sind. Für eine konsistente Statistik wäre ein einheitlicher Datensatz notwendig, innerhalb dessen dann differenziert wird nach gewaltlosen Straftaten und Gewaltdelikten. Für mich ist klar: Das derzeitige Datenchaos führt zu einem chaotischen Lagebild, welches auch die Arbeit der Polizei erschwert, rechte Gewalt zu erkennen und richtig einzuordnen.

Außerdem bedarf es einer regelmäßigen qualitativen und quantitativen Analyse der Internetaktivitäten im Bereich der rechten Szene. Nur auf Grundlage solcher Daten ist es möglich, ideologieprägende bzw. -verfestigende Merkmale auszumachen, regionale Schwerpunkte zu bestimmen und valide Gefahreneinschätzungen vorzunehmen. Die Antwort der Bundesregierung offenbart, dass der Verfassungsschutz den Rechtsextremismus nur bruchstückhaft analysiert. Man sagt, dass das Internet eine große Rolle spiele, gleichzeitig muss man zugestehen, dass man eine statistische Auswertung der Nutzung und Mobilisierung nicht betreibt. Das ist angesichts der aktuellen Gefahrenlage hoch fahrlässig und inkonsequent.

US SANKTIONEN GEGEN CHINESISCHEN KONZERN

Anfang September wurde in Nordkorea, trotz der Warnungen der internationalen Gemeinschaft, erneut ein Atomwaffentest durchgeführt. In der Reaktion auf diesen Test haben nun die USA nicht die schon bestehenden Sanktionen gegen Nordkorea selbst verstärkt, sondern sogenannte sekundäre Boykottmaßnahmen eingerichtet. Es geht um die größte Tochter der im Jahr 2000 mit 190 Millionen Yuan gegründeten Hongxiang-Gruppe. Das US-Finanzministerium wirft dem Unternehmen Dandong Hongxiang Industrial Development vor, mit Finanzdienstleistungen das nordkoreanische Nuklear- und Raketenprogramm direkt zu unterstützen. So seien Geschäfte mit der seit der Nordkorea-Resolution 2270 des UN-Sicherheitsrates auf dem Index stehenden Korea Kwangson Banking Corporation mit Hauptsitz in Pjöngjang getätigt worden. Laut den Aussagen des US-Ministeriums seien es nicht nur Finanzdienstleistungen gewesen in welche das chinesische Unternehmen verwickelt gewesen sei, sondern es soll ebenfalls Materialen geliefert haben, die für das nordkoreanische Atom- und Raketenprogramm benötigt würden. Ebenfalls soll es etwa 74

Millionen Dollar gewaschen haben, welche direkt Nordkorea zugeflossen seien. Dies alles entgegen bestehender internationaler Sanktionen gegen das Regime in Pjöngjang.

Schon Mitte September seien US-Staatsanwälte nach China gereist, um die chinesische Regierung über die Aktivitäten von Dandong Hongxiang Industrial Development in Kenntnis zu setzen, woraufhin China den größten Teil des Vermögens der größten Aktionärin Ma Xiaohong einfrieren und sie von der Staatsicherheit verhaften ließ. Jedoch machte das chinesische Außenministerium Ende September klar, dass es gegen direkte Sanktionen gegen das Unternehmen selbst sei. Obwohl man sich gegen direkte Sanktionen ausgesprochen hatte, kooperiert China, da es das Unternehmen aufgrund des internationalen Drucks nicht bedingungslos schützen kann. Dieser Fall könnte sich allerdings zum Präzedenzfall entwickeln und die USA könnten weitere chinesische Unternehmen und Banken mit sekundären Boykottmaßnahmen belegen. Dies könnte erneute Spannungen und Konflikte in die Beziehung zwischen USA und China bringen.

TOYOTA STELLT SOZIAL-ROBOTER VOR

Der führende japanische Automobilhersteller Toyota unternimmt einen erneuten Versuch, Geschäftsfelder außerhalb des klassischen Fahrzeugmarktes zu entwickeln. Auf der Elektronikmesse Ceatec nahe Tokio stellte der verantwortliche Manager Fuminori Kataoka nun den Sozial-Roboter „Kirobo Mini“ vor, welcher im kommenden Jahr auf den Markt kommen soll.

Er ist rund zehn Zentimeter groß und ist mit Kamera, Mikrophon und Bluetooth ausgestattet und soll rund 350 Euro (40.000 Yen) kosten. Hinzu kommen nochmals monatliche Abo Gebühren von umgerechnet weniger als 3 Euro.

Zum Sozial-Roboter macht ihn die Fähigkeit, die Emotionen seines Gegenübers am Gesichtsausdruck ablesen zu können. Darüber hinaus soll er die Intelligenz eines fünfjährigen besitzen, aber nicht so weit, dass man sie als künstliche Intelligenz bezeichnen könne. In der Interaktion mit Menschen soll der Kirobo Mini dazu in der Lage sein, menschliche Stimmen zu orten und so im Gespräch seinen Kopf in Richtung des Sprechers zu drehen. Kata-

oka beschreibt die Intention hinter dem Roboter, dass es doch schön wäre, wenn jemand da ist mit dem man sprechen könne. Plüschtiere hätte jeder, diese antworten aber nicht. Mit dem Kirobo hätte man nun einen Roboter, welcher der emotionalen Verbindungsaufnahme diene.

Auch im klassischen Geschäftsfeld Toyotas ist der neue Roboter einsetzbar. Hat man ihn im Auto mit dabei und ist etwas zu schnell unterwegs und muss daraufhin ruppig abbremsen, sagt der Kirobo „Uups!“. Auf längeren Fahrten erinnert er den Fahrer auch mal daran eine Pause einzulegen.

Der Roboter wird zusammen mit dem Unternehmen Vaio, eine Ausgliederung des japanischen Konzerns Sony, in der Präfektur Nagano produziert. Im selben Werk, wo noch bis 2006 der mittlerweile eingestellte Roboter-Hund Aibo produziert wurde.

Für Japan werden langfristig sinkende Verkaufszahlen für Automobile prognostiziert. Der Kirobo Mini ist nun ein weiterer Versuch, das Unternehmen auch abseits des Automobils dauerhaft zu etablieren.



FACEBOOK TRITT IN KONKURRENZ ZU EBAY

Bisher waren Mitglieder der Facebook-Community, welche die Plattform für Handel- und Tauschgeschäfte aller Art nutzen, in Gruppen organisiert. So hat beispielsweise die Gruppe „Kauf und Verkaufen (Berlin)“ über 13.000 Mitglieder.

Dieses Potential will Facebook nun mit dem am Montag eingeführten Feature „Marketplace“ nutzen und so der unangefochtenen Nummer eins eBay Konkurrenz machen. Laut Auskunft des Unternehmens habe die Aktivität der Nutzer, die die Platt-

form für den Kauf und Verkauf von Dingen nutzen, substantiell zugenommen. So würden jeden Monat mehr als 450 Millionen Nutzer solche (Handels-) Gruppen besuchen.

Das neue Feature soll es den Usern nun ermöglichen, gezielt nach Objekten und Kategorien wie etwa Kleidung suchen zu können. Bislang ist dieses Feature nur in den USA, Australien und Neuseeland verfügbar. In den nächsten Monaten sollen aber sukzessive weitere Länder hinzu kommen.

PERSONALIEN

KRAFT ZUR VORSITZENDEN DER NRW-SPD WIEDERGEWÄHLT

Am 24. September ist Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (55) auf einem Parteitag der SPD Nordrhein-Westfalen als Landesvorsitzende wiedergewählt worden. Insgesamt stimmten 98,5 Prozent der Delegierten für sie. Hannelore Kraft wird das Amt damit für zwei weitere Jahre innehaben. Es ist ihre sechste Amtszeit.

BSI-VIZEPRÄSIDENT ANDREAS KÖNEN WECHSELT INS BMI

Seit September ist Andreas Könen (55) in der Stabstelle "IT- und Cybersicherheit, sichere Informationstechnik" im Bundesministerium des Innern (BMI). Er tritt die Nachfolge des im Juni verstorbenen Stefan Paris an.

Zuletzt war Andreas Könen Vizepräsident des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik. Untergeordnet ist die Stabstelle "IT- und Cybersicherheit" der Abteilung IT. Diese befindet sich unter der Leitung von Peter Batt.

ANTÓNIO GUTERRES SOLL UN-GENERALSEKRETÄR WERDEN

Am Donnerstag hat der Uno-Sicherheitsrat António Guterres offiziell als neuen Uno-Generalsekretär am Donnerstag nominiert. Der Portugiese wurde bei der Abstimmung des Gremiums in New York einstimmig gewählt. Guterres folgt als neunter Generalsekretär auf den Koreaner Ban Ki Moon, der das Amt des Uno-Chefs Ende 2016 abgibt.

António Guterres war Anfang der Neunzigerjahre Chef der Sozialistischen Partei (PS) Portugals und von 1995 bis 2001 portugiesischer Regierungschef. 2005 wurde Guterres von der Uno-Generalsversammlung zum Leiter des UNHCR gewählt. 2010 gewährte ihm die Generalversammlung eine zweite fünfjährige Amtszeit.

INQA-THEMENTAGE AUF DER MESSE „ZUKUNFT PERSONAL“

Die Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA) des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) ist mit eigenem Stand an allen drei Messtagen auf der Messe „Zukunft Personal“ vertreten und liefert kostenfreie Handlungshilfen.

Die diesjährige Messe findet unter dem Motto „Arbeiten 4.0 – The Employee Experience“ statt. Zur Eröffnung der INQA Thementage diskutieren Arbeitsmarktexperten des BMAS und der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, sowie Vertreter der Bertelsmann-Stiftung und des DGB, wie Arbeitnehmer und Arbeitgeber der immer schneller und vielfältiger werdenden Arbeitswelt partnerschaftlich begegnen können. Die Messe findet vom 18. bis 20. Oktober in Köln statt.

WORTE DER WOCHE

»Die niedrigen Zinsen fressen sich wie ein schleichendes Gift in die Bankenbilanz hinein. Man wird um schmerzhafte Einschnitte nicht herumkommen.«

Felix Hufeld, Präsident der Finanzaufsichtsbehörde Bafin im Gespräch mit der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“.

»Ich finde es unerträglich, dass in den USA VW-Kunden entschädigt werden, während wir uns in Europa mit 28 unterschiedlichen Regelungen herumschlagen.«

Věra Jourová, EU-Verbraucherkommissarin, im „Tagesspiegel“.

»In der Politik sind Entscheidungen nicht alternativlos. Alternativen gibt es immer. Und darüber muss man in einer Partei auch offen sprechen.«

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Bosbach warnt vor der alternativlosen Politik der Bundeskanzlerin.

»Wenn Suchmaschinenanbieter wie Google in Deutschland 95 Prozent des Suchmaschinenmarkts beherrscht, dann sollte das schon unter kartellrechtlichen Gesichtspunkten überprüft werden.«

Heiko Mass, Justizminister, im „Handelsblatt“.

»Die verbalen Äußerungen bzw. die Trillerpfeifen werten wir als Form der Meinungsäußerung. Vor diesem Hintergrund wurde gemeinsam mit der Stadt entschieden, nicht einzugreifen.«

Die Polizei sah die Krawalle der Pegida-Anhänger vor der Frauenkirche in Dresden als keine Gefahr für Ablauf und Sicherheit der Protokollveranstaltungen.

»Ein Wahlsieg von Donald Trump könnte ein Risiko für die Weltmärkte darstellen [...] Niemand weiß, was er als Präsident wirklich machen würde. [...] Sollte er beispielsweise einen Handelskrieg mit China vom Zaun brechen, könnte dies die Welthandelsordnung schwächen. Dies wäre auch eine Gefahr für die weltoffenen Handelsnationen in Europa.«

Der Chefvolkswirt der Berenberg Bank, Holger Schmieding.

»Wir müssen den Niedriglohnsektor trockenlegen.«

Reiner Hoffmann, DGB-Chef, hat angesichts düsterer Rentenprognosen seine Forderung nach staatlichen Maßnahmen zur Stabilisierung des Rentenniveaus bekräftigt.

»Amazon muss verstehen, dass sich die Beschäftigten ohne einen Tarifvertrag nicht zufriedengeben werden.«

Stefania Nutzenberger, Verdi-Bundesvorstandsmitglied, ruft zu weiteren Streiks an den Standorten des Onlinehändlers auf.

TERMINE

13.10. OSTEUROPA WIRTSCHAFTSTAG 2016

6. Osteuropa Wirtschaftstag des Osteuropaverbands der deutschen Wirtschaft, u.a. mit dem Vizepräsidenten der IHK Berlin Tobias Weber, dem rumänischen Vizepremierminister Costin Grigore Borc und dem Vorsitzenden des Hanse-Parlaments, Dr. Jürgen Hogeferster. Haus der Deutschen Wirtschaft. Beginn: 10:00 Uhr. Ort: Breite Straße 29, 10178 Berlin (kostenpflichtig).

14.10. BT-FRAKTION B 90/DIE GRÜNEN ZUR RENTENPOLITIK

Konferenz der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema „Gerechte Alterssicherung für alle“. Beginn: 10:30 Uhr. Ort: Deutscher Bundestag, Paul-Löbe-Haus, Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin (Anmeldung erforderlich).

14.10.-15.10. BASISKONGRESS DER SPD-LINKEN

Kongress der SPD-Linken zum Thema „Zeit für mehr Gerechtigkeit“, u.a. mit dem stellvertretenden SPD-Bundesvorsitzenden Ralf Stegner, dem Sprecher der Parlamentarischen Linken, Matthias Miersch MdB (SPD), und der Bundesvorsitzenden der Jusos Johanna Uekermann. Die Veranstaltung richtet sich ausschließlich an Mitglieder der SPD und der Jusos. Beginn am Freitag: 18:30 Uhr, Beginn am Samstag: 9:30 Uhr. Ort: Evangelische Schule Berlin Zentrum, Wallstraße 32, 10179 Berlin (Anmeldung erforderlich).